

2.12.1914 – Karl Liebknecht stimmt als einziger Abgeordneter des deutschen Reichstags gegen die Kriegskredite

3.12.1917 – Beginn der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zwischen Sowjetrussland, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Ukraine

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

21. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

27. November 2012

Aus der Stadtratssitzung vom 21.11.2012

Es war die letzte Stadtratssitzung der Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados. Nach über 22 Jahren Arbeit in der Stadtverwaltung wurde sie vom Stadtratsvorsitzenden Harald Bartl in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Er bedankte sich für ihre Arbeit und ein gewaltiges Stück Lebenszeit und überreichte ihr die „Entlassungsurkunde“. Der neue Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand bekam die „Ernennungsurkunde“ überreicht. Er musste einen kleinen Augenblick darauf warten, denn in den Wirren der Verabschiedung der Oberbürgermeisterin war diese „verlegt“ worden! Die Vereidigung des neuen Stadtoberhauptes erfolgt allerdings erst in der Dezember-sitzung!

Von der Tagesordnung wurden einige Punkte gestrichen, so z. B. die Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschlands, der Beschluss zur Kleingartenkonzeption, der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) u.a.m. Wir werden sie möglicherweise im Dezember auf der Tagesordnung des Stadtrates wiederfinden!

Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, den wir gemeinsam mit der Fraktion Mitbürger – Neues Forum gestellt haben, schaffte es zwar auf die Tagesordnung, wurde dann aber in die Fachausschüsse verwiesen. Dieser Antrag beinhaltete, dass der Stadtrat freien Trägern, die Kindergärten betreiben, den Eigenanteil von 5 % erspart.

weiter auf Seite -6-

1. Dezember 2012, ab 10:00 Uhr
Kulturtreff Halle-Neustadt

DIE LINKE.

Stadtparteitag DIE LINKE *Gesamtmitgliederversammlung*

Voraussichtlicher Zeitplan:

- 10:00 Uhr Eröffnung und Konstituierung
- 10:15 Uhr Rede Dr. Petra Sitte zur Bundestagswahl 2013
- 10:45 Uhr Bericht des Vorstandes
- 11:15 Uhr Aussprache
- 12:30 Uhr Mittagspause
- 13:00 Uhr Aufstellung, Vorstellung und Wahl der Delegierten zu den Landesparteitagen sowie der Vertreterinnen und Vertretern zur Versammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl
- 15:00 Uhr Beschlussfassung zu Anträgen an den Stadtparteitag

Die Aussprache kann zwischen den Wahlgängen fortgesetzt werden, ebenso können sich Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen bereits in der Aussprache vorstellen.

Der Kulturtreff Halle-Neustadt befindet sich Am Stadion 6 und ist mit den Straßenbahnlinien 2, 9 und 10, Haltestelle Schwimmhalle, zu erreichen.

„Die, die im Schatten leben“

Petra Sitte, Landesparteitag 17.11.2012

Gestern habe ich den Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz per Mail bekommen. Getitelt mit „Die, die im Schatten leben“ berichten Menschen von ihren Armutserfahrungen. Menschen aus Sachsen-Anhalt hätten wohl auch sehr viel zu berichten.

Geht diese Entwicklung noch weitere zehn Jahre so weiter, dann werden wir in diesem Land von massenhafter wirklicher Armut über alle Bevölkerungsgruppen hinweg sprechen müssen. Wir werden Kinder- und Altersarmut erleben. In der Gruppe der Beschäftigten werden die mittleren Einkommen stetig weiter abnehmen, wobei nur ca. 10 Prozent damit rechnen können, in höhere Gruppen aufzusteigen.

Es kommen also gewaltige Herausforderungen auf die Gesellschaft, auf ein öffentliches Gemeinwesen zu, das mehr und mehr ausgehungert wurde. Jetzt verkündet in Sachsen-Anhalt schon der Finanz- und nicht der Bildungsminister Schulschließungen. Herzlichen Glückwunsch SPD!

Dieser Substanzverlust trifft aber nicht nur Infrastrukturen von Gemeinschaftsgütern im engeren Sinne.

Substanzverlust meint hier massenhaften Verlust an Lebensqualität, meint Grundlagen für gemeinschaftliches Zusammenleben, meint auch soziale Verknüpfungen, derer eine funktionierende Zivilgesellschaft bedarf. Outdoor-Gruppen haben sich längst gebildet. Wir erleben das in den Städten genauso wie im ländlichen Gebieten.

Und letztlich berührt dieser Substanzverlust auch unser demokratisches Handlungsvermögen, berührt lebendiges Interagieren von NutzerInnen, von Interessierten und schließlich auch exekutive Verantwortung Tragende.

Für uns muss es durch einen Politikwechsel also darum gehen, Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit wieder zurück zu gewinnen, um würdiges menschliches Zusammenleben in Permanenz zu ermöglichen. Die Grundfrage, die wir in den öffentlichen Auseinandersetzungen immer wieder ganz offensiv und selbstbewusst stellen müssen, lautet:

Wer oder was ist in diesem Land eigentlich für wen da?

Wir müssen uns für Forderungen nach besseren KiTa's, Schulen, Hochschulen, nach einem gerechteren Gesundheitswesen, nach gerechteren Löhnen und Ren-

ten, nach besseren Lebensperspektiven, nach bezahlbarer Energie und vieles andere mehr doch nicht rechtfertigen! Erst recht nicht nach der Finanzkrise!

Irgendwie hat sich die Einsicht, dass es verdammt ungerecht zugeht, ja auch durchgefressen in die Köpfe vieler Menschen. Welchen Bewusstseinswandel und Selbststärkung Menschen durchlaufen können, habe ich hautnah bei den Streikenden von S-Direkt erlebt. Und mich hat tief beeindruckt, wie die KollegInnen über 117 Streiktage zusammengehalten haben.

Daraus können auch wir Kraft schöpfen. Wir müssen daran mitwirken, dass >Gerechtigkeit< ihr Schatten-dasein aufgibt.

Gesellschaftliche Transformationen, die als Hau-Ruck-Aktionen von Oben nach Unten daherkommen und in Runden von handverlesenen Experten bzw. Lobbyisten finden immer weniger Akzeptanz. Ob sich's dabei um so genannte Rettungsschirme, um die Energiewende, um Riesenbauvorhaben oder ein vergleichsweise kleines Golfplatzprojekt auf einem ehemaligen Deponiegelände in Halle handelt, ist eigentlich wurstig.

Wir sollten alle unsere gesellschaftlichen Transformationsprojekte in den Kontext einer neuen Innovationskultur stellen. Und zwar genau dort, wo die gravierendsten Konfliktlinien verlaufen.

Was meine ich damit? Was meinen wir als LINKE damit?

Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft müssen von einem deutlich erweiterten Innovationsbegriff ausgehen. Innovationen sind längst kein technisch-technologisches Projekt mehr. Neue Ideen werden erst dann zu Innovationen, wenn sie sich gesellschaftlich bewähren, wenn sie sich in sozialen und kulturellen Lebenszusammenhängen durchsetzen können.

Deshalb haben wir in den letzten beiden Jahren gemeinsam mit NGO'S, mit den Gewerkschaften und anderen interessierten Akteuren den Begriff >soziale Innovation< verstärkt in die Debatte eingebracht.

Wir wollen neue Wege, neue Organisationsformen, neue Lebensstile, die die Richtung des sozialen Wandels prägen, ins Zentrum öffentlicher Meinungsbildung bringen. Natürlich bleiben soziale Innovationen mit technisch-technologischen Entwicklungen ver-

knüpft. Aber sie sind nicht mehr der allein bestimmende Kern.

Der damit verbundene Forschungs- und Entwicklungsbedarf ist enorm und firmiert unter dem Begriff >Transformationsforschung<. Dazu finden wir auch mehr und mehr Aufgeschlossenheit unter WissenschaftlerInnen.

Wir brauchen also einerseits Förderungsschwerpunkte für sozial ausgerichtete und gesellschaftliche verankerte Suchprozesse in angewandter Forschungs- und Entwicklung.

Auch Konzepte für soziale Großprojekte wie beispielsweise das Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungssystem sind so komplex, dass Wissenschaft diese in Szenarien und in gesellschaftlich offener Diskussion entwickeln muss.

Keine Expertenkommissionen mehr in ministerialen Hinterzimmern! Wohin wir mit Technikern wie Hartz, Rürup, Raffelhüschen, Hans-Werner Sinn und anderen mehr kommen, haben wir gerade auszubaden.

Wir müssen uns andererseits den ganzen Innovationsprozess überfragen und fragen lassen, wie viel die Erkenntnisse zu einem konkreten aber eben auch zum fundamentalen Fortschritt in der Gesellschaft beitragen können.

Dass soziale Innovationen Kosten verursachen, wollen wir gar nicht leugnen. Aber sie entstehen vor allem jenen, die bisher unverschämte hohe Gewinne eingefahren und unverschämte hohe Vermögen akkumuliert haben. Ressourcen, im Interesse der Gesellschaft zu verteilen, macht aber auch volkswirtschaftlich Sinn. Und sie bieten im Übrigen auch kapitalärmeren Akteuren eine Chance.

Und jetzt komme ich abschließend zum Ausgangspunkt meiner Rede, der Armutsentwicklung, zurück.

Um es mit Adam Smith und Daniel Kehlmann zu sagen:

Der „Wohlstand der Nationen“ bedarf einer neuen „Vermessung der Welt“.

Und da sollten wir als LINKE unsere Gerechtigkeitsvorstellungen als Wertemaßstab in die gesellschaftlichen Debatten des Wahljahres offensiv und selbstbewusst hineintragen.

Hurrikan Sandy verursacht verheerende Schäden

Spendenaufruf:

Die durch den Hurrikan verursachten Schäden haben sich als erheblich größer erwiesen, als zuerst abgeschätzt. Es wurden über 200.000 Gebäude beschädigt oder zerstört. Der Schaden an den elektrischen Leitungen und Elektrizitätswerken ist enorm.

Große landwirtschaftliche Anbauflächen der Region sind verwüstet. Mindestens 100.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche wurden laut UN-Angaben beschädigt. Die Schäden belaufen sich in den betroffenen Gebieten auf etwa 2 Mrd. US-Dollar.

Wir möchten uns bei allen bisherigen Spenderinnen und Spendern ganz herzlich bedanken. Seit dem ersten Aufruf, nachdem der Wirbelsturm über den Osten Kubas hinwegfegte, sind auf den Konten des Netzwerkes Cuba und der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba jeweils über 3.700 Euro an Spenden eingegangen.

Berichte, Videos, Fotos und den Spendenaufruf auch als Flugblatt zum downloaden, gibt es auf der aktualisierten Schwerpunktseite:

Hurrikan Sandy über Kuba

<http://fgbrdkuba.de/fg/fgtxt/fg20121027-spendenaufruf-hurrikan-sandy.html>

Spenden werden weiterhin dringend benötigt:

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Kto.-Nr. 123 6900

bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln

BLZ 370 205 00

Stichwort: „Hurrikan Sandy“

Abzugsfähige Spendenquittungen

sind über unsere Geschäftsstelle erhältlich:

Maybachstr. 159, 50670 Köln,

Tel. 0221-2405120, Fax 0221-6060080.

Es besteht auch die Möglichkeit online zu spenden:

<https://secure.spendenbank.de/kreditkarten/karte.php?oid=2663710>

(Verwendungszweck: „Hurrikanhilfe“)

Unverhältnismäßiger Polizeieinsatz am 7. August 2012 in Halle (Saale) Kundgebung und Solikonzert am 1. Dezember 2012

c/o Reformhaus Halle Große Klausstraße 11 06108 Halle kontakt@halle-gegen-rechts.de
www.halle-gegen-rechts.de

Am 7. August diesen Jahres organisierte „Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“ eine Demonstration gegen die Kundgebung der NPD im Rahmen ihrer „Deutschland-Tour“ vor der Ulrichskirche in Halle (Saale).

Während die Aktivitäten (Kundgebung und Infostände) des Bündnisses „Halle gegen Rechts“ an diesem Tag durchweg friedlich verliefen und die Nazis nach einer Stunde durch den lautstarken Einsatz von Trillerpfeifen wieder ihre Koffer packen mussten, kam es vor der Ankunft des NPD-Trucks, der den Nazis eine Bühne bieten sollte, zu einem schwerwiegenden Übergriff durch Polizeibeamte der zweiten Einsatzhundertschaft Magdeburg.

Eine halbe Stunde bevor der NPD-Truck vor der Ulrichskirche vorfahren konnte, begannen die PolizistInnen die Zufahrtsstraßen abzuriegeln. Da es sich dabei auch um die Zugangswege für Teilnehmer_innen der Demonstration des Bündnisses handelte, gingen die BeamtInnen auch gegen FußgängerInnen vor, die sich friedlich in Richtung Ulrichskirche bewegten.

Einer der Beamten versetzte im Rahmen der Aktion zur Abriegelung der Zufahrts- und Zugangswege zur Ulrichskirche einem Demonstranten einen heftigen Stoß in den Unterleib, woraufhin dieser zusammenbrach. Der junge Mensch musste kurz darauf ins Krankenhaus eingeliefert und noch am selben Abend notoperiert wer-

den. Am darauffolgenden Tag wurde eine weitere Operation notwendig. Neun Tage musste der 24-jährige im Krankenhaus verbringen. Mittlerweile hat sich sein Gesundheitszustand gebessert, die körperlichen Folgen dieses Tages werden ihn wohl sein Leben lang begleiten. Trotz der beiden Operationen konnten bleibende Schäden nicht verhindert werden. Weitere Spätfolgen sind nicht auszuschließen.

Mittlerweile hat die Staatsanwaltschaft Halle ihre Ermittlungen zum Fall aufgenommen. ZeugInnen wurden bereits von der Polizei vernommen. Es zeichnet sich ab, dass es ein langwieriger Prozess wird, an dessen Ende hoffentlich die lückenlose Aufklärung der Geschehnisse vom 7. August 2012 in Halle (Saale) steht und dem Betroffenen eine ansprechende Entschädigung zu Teil werden wird.

Bis es soweit ist, bringen die kommenden Wochen und Monate für den Betroffenen vor allem erstein-

mal eines mit sich: Kosten. Neben den Kosten für den Krankenhausaufenthalt, die medizinische Versorgung und diverse Behördengänge kommen auf den Beschädigten weitere Kosten zu, die mit dem Gerichtsprozess im Zusammenhang stehen (z. B. Anwalt, Gebühren durch das LVG usw.). Um ihn in dieser Situation zu unterstützen und ihm unsere Solidarität zu zeigen, veranstalten wir am 1. Dezember 2012 um 15 Uhr am Eselsbrunnen in Halle eine Kundgebung und am Abend in der Reilstraße 78 (ab 21 Uhr) ein Benefizkonzert.

Wir fordern eine Aufklärung der Vorfälle und einen Prozess, der die Geschehnisse vom 7. August lückenlos aufklärt!

Alle Gewinne, die beim Konzert und der Tombola erzielt werden, kommen dem Betroffenen zu Gute!

Solidarische Grüße,
Ute Larsen

i.A., Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“

„Goldrausch“

Film-Dokumentation zur Geschichte der Treuhand

Im Film „Goldrausch“ wird die Geschichte der Treuhand erzählt - sie berichtet von Bestechung, Betrug und Bereicherung - einzelner zu Lasten vieler. Der Film zeigt sowohl den Jubel großer Teile der Bevölkerung der DDR bei der Wiedervereinigung - als auch die Ernüchterung über die Entwicklung danach.

Mit Dr. Wolfgang Süß steht anschließend im Gespräch ein ehemaliges Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt bereit, der in der 1. Legislatur dieses Landtags wirtschaftspolitischer Sprecher der Linken war und sich speziell mit dieser Thematik befasst hat.

6. Dezember 2012, ab 18:00 Uhr

Kino „bel etage“ Halle (Saale), Philipp-Müller-Str. 57

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 20. Januar 2013 wählt Niedersachsen einen neuen Landtag. Für DIE LINKE geht es um den Wiedereinzug - und nicht nur das: Dieser Wahlsonntag ist auch unser Einstieg in das Bundestagswahljahr 2013. Ob gut oder schlecht: Das Niedersachsen-Ergebnis wird für die Bundestagswahl interpretiert werden.

Ich weiß, dass viele von euch mit dem Herzen und mit Rat und Tat unsere niedersächsischen Genossinnen und Genossen in diesem Wahlkampf begleiten. Ich möchte Euch nun empfehlen, auch Euer Portemonnaie für DIE LINKE Niedersachsen zu öffnen.

Auf www.die-linke.de/spende-nds könnt Ihr wieder ein (oder mehrere) Großflächenplakate für Niedersachsen spenden. Sucht Euch einen Ort aus, dann bekommt Ihr die Standorte angezeigt. Für zehn Tage ist ein Plakat ab etwa 50 Euro zu haben.

In den vergangenen Wahlkämpfen hat sich gezeigt, dass die zusätzlichen Großflächenplakate uns viel gebracht haben - denn wir sind gegenüber den anderen Parteien hier klar benachteiligt, weil uns die Mittel (beispielsweise aus Unternehmensspenden) fehlen, um in gleichem Umfang Flächen zu buchen wie SPD, CDU, Grüne FDP. Mit der Plakatspende können wir diesen Nachteil wenigstens teilweise ausgleichen. Bitte empfiehlt die Plakatspende auch Euren Basisorganisationen, Kreisverbänden, Freunden und Bekannten.

Mit solidarischen Grüßen
Raju Sharma
Bundesschatzmeister

Zur Privatisierung ostdeutscher TLG-Wohnungen durch die Bundesregierung erklärt der Sprecher der Fraktion für Bau- und Wohnungspolitik Guido Henke:

„Das vorsätzliche Handeln der Bundesregierung ist verantwortungs- und gewissenlos. Entgegen allen Beteuerungen drohen mit dem Verkauf an den Immobilienkonzern TAG natürlich Mieterhöhungen und Beschneidungen der Rechte der Mieterinnen und Mieter.

DIE LINKE hatte mit ihrem Vorschlag, eine Genossenschaft zu gründen, eine echte Alternative zur jetzigen Entwicklung vorgeschlagen, die allerdings von der Bundesregierung ignoriert wurde.

DIE LINKE lehnt es strikt ab, Wohnungen in großem Stil in Spekulationsobjekte umzuwidmen. Das ist sozialpolitisch unverantwortlich, aber nicht nur das. Gerade für betroffene Kommunen wie Halle, Eisleben oder Merseburg werden von der Landesregierung so vielgepriesene Maßnahmen wie der Städteumbau, der Demographie-Check oder die STARK-Programme regelrecht konterkariert.

Dies allein sollte der Landesregierung Anlass genug sein, ihre bisherige Position zu revidieren - man sah bislang keinerlei Handlungsbedarf - und alles für die Wahrung der Rechte der Mieterinnen und Mieter zu unternehmen. Und genau dazu fordert DIE LINKE die Landesregierung auf.“



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
22.11.2012
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 13.12.2012

Aus der Stadtratssitzung... Fortsetzung von Seite -1-

Hintergrund ist, dass der Finanzausschuss eigentlich so eine Regelung bereits gefunden hatte, das Amt für Kinder, Jugend und Familie sich aber auf die gesetzliche Grundlage der Mitfinanzierung der Träger beruft und Bescheide verschickt hat. Eine Klärung muss her! Diese Abführungen würden eine Vielzahl von Trägern in große finanzielle Schwierigkeiten bringen!

Der Antrag wurde in den Jugendhilfe- sowie in den Finanzausschuss verwiesen! Inzwischen haben wir diesen Antrag noch einmal auf die Tagesordnung des Stadtrates im Dezember gesetzt!

Mehrheitlich – auch mit unseren Stimmen – wurde der Erhöhung der Gebühren für die Müllentsorgung zugestimmt. Durchschnittlich steigen die Kosten für die Entsorgung ab 2013 um vier Prozent. Ein Antrag von Uwe Köck, die Satzung zunächst auf ein Jahr zu begrenzen, scheiterte. Sie ist für zwei Jahre festzulegen.

Beschließen mussten wir eine Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht über die Prüfung des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion in der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung der Gewährung von Fördermitteln des Landes gemäß § 88 ff. LHO i. V. m. § 126 GO LSA.

Die Landesbehörde hatte einige Beanstandungen, wie z. B. eine überteuerte Ausstattung. Die Mehrheit der Stadträte schloss sich aber der Auffassung der Verwaltung an, dass diese Beanstandungen überzogen wären, lehnte also den Bericht der Landesbehörde ab.

Mehrere Bauvorlagen wurden ebenfalls beschlossen. Dazu gehörten der Ausbau/Umgestaltung des Ranischen Platzes (Gestaltungsbeschluss), der Ausbau und Umgestaltung Thomasiusstraße (Gestaltungsbeschluss) und auch der Bebauungsplan „Dessauer Platz, SB-Warenhaus“ – sowie ein vorgezogener Bebauungsplan zum Wohnquartier Niemeyerstraße.

Ohne Diskussion wurden der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, die Vorbereitung des Antragverfahrens für Schulen und Horte im Rahmen des Programms STARK III – EFRE... , und der Jahresabschluss 2011 der Stadion Halle Betriebs GmbH beschlossen.

Viel Diskussion gab es allerdings zu den Vorlagen Jahresabschluss 2011 der GWG und der HWG, besser: zu den Anträgen unserer Fraktion zu diesen Vorlagen.

Die Anträge unserer Fraktion beinhalteten, die geplanten Abführungen der Wohnungsunternehmen zu strecken, nicht alle Abführungen in der geplanten Höhe in diesem Jahr abzuführen, sondern auf mehrere Jahre aufzuteilen.

Die Debatte dazu war sehr aufgeheizt! Bodo Meerheim begründete unsere Anträge.

Mit veränderten Bedingungen in den Wohnungsunternehmen, die diese hohe Abführung nicht mehr rechtfertigen, auch an die Liquidität der Unternehmen muss gedacht werden. Die Unternehmen benötigen das Geld für die Eigenkapitalquote. Es gehe nicht an, die Unternehmen weiter zu schwächen! Die Verwaltung verwies auf den Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale), der mit diesen Einnahmen aus den Wohnungsunternehmen fest geplant hat. 5 Millionen EUR würden nun fehlen!

Eine Mehrheit stimmte dem „Splitting“ zu. Die Oberbürgermeisterin kündigte Widerspruch an!

Beschlossen wurde eine Erweiterung des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes „Historischer Altstadt kern“ Halle (Saale) um den Bereich „Solbad Wittekind“. Ein neuer Bauantrag kann jetzt gestellt werden, das historische Gelände soll in einen „Wohnpark“ umgestaltet werden. Auch die Vorlage „Stadtentwicklungskonzept Halle 2025“ wurde beschlossen. Mit diesem Beschluss ist festgelegt, dass bis Ende 2013 ein Entwurf erarbeitet wird, der die sich ändernden Rahmenbedingungen in Halle aufnimmt und Perspektiven der Stadtentwicklung aufzeigt.

Unser Antrag zur Festlegung von Kriterien für die Erhaltung von historisch wertvollen Grabmalen wurde knapp abgelehnt. Der Antrag unserer Fraktion zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) wurde zur weiteren Bearbeitung in den Finanzausschuss verwiesen.

Die Plastik „Lesender“ bleibt an seinem alten Standort! Die Verwaltung wollte diese Plastik vor die Stadtbibliothek setzen, der Antrag unserer Fraktion sah vor, die Plastik da zu lassen, wo sie steht. Unterstützt wurde unser Antrag dahingehend, dass die Schüler des Christan-Wolff-Gymnasiums in der Kastanienallee eine „Patenschaft“ übernommen haben. Die Oberbürgermeisterin nahm den Änderungsantrag der LINKEN auf! Es gab eine deutliche Mehrheit für diesen Beschluss!

Ute Haupt, Stadträtin

Buchtipps

Lebenserinnerungen eines aufrechten Antifaschisten

Seit längerem wächst die Anzahl der Autobiografien auf dem Büchermarkt und zuweilen wird für diese Tendenz die fragwürdige Bezeichnung Biographismus aufgeworfen und gebraucht. Verdienste um die Fixierung von Erfahrungen und Erinnerungen hat sich der Verein zur Förderung lebensgeschichtlichen Erinnerns und biografischen Erzählens erworben. Ohne davon Kenntnis zu haben, ist der 89jährige Lothar Kunke aus Halle daran gegangen, seine Entwicklung vom Dorfkind im Sächsischen, über den kriegsgefangenen Soldaten bis hin zum Neulehrer, zu dem Funktionär in der Volksbildung der DDR und in der Gesellschaft für Sport und Technik in einem Buch zu schildern. Es trägt den Titel „Amboß oder Hammer sein - Eine Familiengeschichte“.

Das ist ihm gelungen. Jahrelang war er mittendrin im gesellschaftlichen Geschehen; so wertet der Autor sein persönliches Wirken unter den besonderen Bedingungen der DDR-Gesellschaft und des gelebten Antifaschismus. Durchaus kein Wunder, dass er immer nach politischer Klarheit und Selbstbestimmung strebte und dabei immer auch die Aufgabenstellungen der im Osten vereinigten Arbeiterparteien erfüllte. Mehr noch: Überall und zu jeder Zeit beweist der junge Genosse Kunke revolutionären und antifaschistischen Geist.

Die kämpferischen und kritischsten Partner hat er in seiner Familie gefunden. Darum ist das Buch eine

Familiengeschichte geworden, eine Geschichte, die anfangs vom Großvater Gustav im sächsischen Dörfchen Mühlbach erzählt und später vom politischen Tätigsein des Vaters Bruno, der Schwester Hertha und seines Sohnes Torsten berichtet. Immer haben diese Spuren hinterlassen, die auch das Selbstwertgefühl der Aktiven steigerten. Für heutige Familien ist das vorbildliche Zusammenwirken der Mitglieder einer solchen Familie, wie die Kunkes es waren, Beispiel und Ansporn.

Das pädagogische Tätigsein mit seinen Erfolgen und Widersprüchen steht im Mittelpunkt des Buchs. Leserinnen und Leser werden darüber informiert, wie der Autor in komplizierten Situationen und unter sehr unterschiedlichen Bedingungen den politischen Ansprüchen gefolgt ist. Auf großes Interesse werden die Forderungen an Lehrer stoßen, die der Autor aus seinen persönlichen Erfahrungen, aber auch aus vielen Begegnungen mit finnischen Pädagogen in den 70er und 80er Jahren schließt. Siegfried Birkner, Berlin

Dieser Titel zum Preis von 14,90 Euro kann zur Zeit nur über den Verlag & Verlagsservice, Fa. Schneidewind bestellt werden. Telefonisch über (0345) 5170956.

Strittmatter, Grass und die Vergangenheit

Wer die Diskussion im deutschen Feuilleton über Strittmatters „unbekannten Krieg“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“) verfolgt hat, den führt Jahns auf gut 200 Seiten



zu der Einsicht, nicht jeder, der da geschrieben hatte, sei sattelfest gewesen oder er habe wichtige Fakten vergessen – aus welchen Gründen auch immer. Doch nicht allein Polemik fesselt, sondern Jahns' Umgang mit Fakten und seine darauf fußenden Wertungen.

Von großem Gewinn sind Jahns' Analysen literarischer Texte, in denen sich beide Schriftsteller dem Thema Krieg widmen. Das regt an, manches Buch von Strittmatter und von Grass erneut zu lesen – diesmal unter einem anderen Blickwinkel („Magdeburger Volksstimme“ vom 13.1.2012).

Joachim Jahns, „Erwin Strittmatter und die SS - Günter Grass und die Waffen-SS“, dingsdaverlag, 208 Seiten, geb., Preis: 25,00 Euro. ISBN 978-3-928498-98-2.

Weiterhin wird eine limitierte Auflage von 60 Exemplaren mit der handsignierten Originalgrafik „Pedro, Erwin und der Mond“ von Juliane Jahns für 99,90 Euro angeboten.

Auch dieser Titel kann über den Verlag & Verlagsservice, Fa. Schneidewind, Germarstr. 6, 06112 Halle bestellt werden. Telefonisch über (0345) 5170956 oder per Email: kontakt@verlag-schneidewind.de